

Antragsbereich RGP / **Antrag RGP17**

AntragstellerInnen: Landesvorstand

Empfänger: Landesparteitag

RGP17: Regierungsprogramm der BayernSPD - Finanzen & Haushalt

1 Finanzen & Haushalt

Die Welt ist im Wandel. Auch in Bayern. In Zeiten des Umbruchs wollen wir den Menschen Sicherheit und
5 eine gute Zukunftsperspektive geben. Wir wollen, dass Bayern auch in den nächsten Jahrzehnten stark bleibt. Das kommt nicht von alleine. Wir werden in Bayern ein Jahrzehnt der Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes, in gute Arbeitsplätze,
10 in den Klimaschutz, in den Wohnungsbau, in den öffentlichen Nahverkehr, in gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und für mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg bringen.

15 Die großen Herausforderungen der letzten Jahre – Euro-Krise, Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation – wie auch die vor uns liegenden Aufgaben machen deutlich: Wir brauchen einen starken, einen handlungsfähigen Staat. Die Zeiten des Kaputtsparens bei
20 Schulen, Gesundheit und Pflege, Bus und Bahn oder Wohnungsbau können wir uns endgültig nicht mehr leisten. Wer heute nicht investiert, der hinterlässt eine marode Infrastruktur, schiebt riesige finanzielle Lasten, einen großen Berg verdeckter Schulden auf
25 die nächsten Generationen und unterlässt wichtige Weichenstellungen für die Wirtschaft, den Klimaschutz und den Sozialstaat. Die Investitionen von

heute sind dabei die Steuereinnahmen von morgen.

- 30 Wir wollen allen Menschen in Bayern beste Lebensbedingungen bieten, heute und auch morgen. Unser Freistaat soll all seine Aufgaben jederzeit und auf Dauer erfüllen können. Basis dafür ist eine gute, vorausschauende und gerechte Finanzpolitik. Deshalb
35 setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für die Aufhebung der Schuldenbremse ein.

40 1. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

- Die Menschen in Bayern haben es verdient, dass der Freistaat die besten Rahmenbedingungen für ihr Leben bereitstellt – egal ob in Stadt oder Land. Dazu
45 brauchen wir einen investierenden Staat und finanziell gut ausgestattete Kommunen. In unseren Städten und Gemeinden werden zwei Drittel der Investitionen getätigt, die Daseinsvorsorge organisiert, hier vollzieht sich die soziale und ökologische Transformation
50 unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Kommunen stellen allen Bürgerinnen und Bürgern Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser, Straßen und den ÖPNV, Wasser und Strom kostengünstig und verlässlich zur Verfügung. Wir werden deshalb für eine dauerhaft
55 bessere Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Wir werden dazu die kommunale Verbundquote, also den Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern (Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer und Umsatzsteuer), von 12,75 Prozent auf 15 Prozent
60 erhöhen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Die Gewerbesteuer ist eine wesentliche

Säule der Einnahmen von Städten und Kommunen. Anders als andere Parteien wollen wir als SPD die Gewerbesteuer erhalten und gerechter ausgestalten. 65 Schädlichen Steuergestaltungen und Gewerbesteuer-eroasen sagen wir den Kampf an. Die Absenkung der Gewerbesteuer auf den Mindestsatz befeuert den schädlichen Steuerunterbietungswettbewerb unter den Kommunen – oft zulasten der unmittel- 70 baren Nachbargemeinden. Bereits im bestehenden Recht sind die Praktiken in Gewerbesteuereroasen teils rechtlich unzulässig, werden aber von den zuständigen Behörden nicht überprüft und geahndet. Wir werden veranlassen, die Prüfung und Beanstandung 75 unrechtmäßiger Steuergestaltungen zu forcieren. Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion und den kommunalen Spitzenverbänden werden wir uns für eine Anhebung des Mindesthebesatzes bei der Gewerbesteuer einsetzen und so den unsolidarischen 80 Gewerbesteuereroasen das Wasser abgraben.

Es ist dem damaligen Bundesfinanzminister und heutigem SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz zu ver- danken, dass den Kommunen die Grundsteuer als 85 zweitgrößter Einnahmeposten erhalten bleiben wird. Dazu werden wir Städte und Gemeinden bei der Um- setzung der Grundsteuerreform unterstützen, trotz der handwerklich schlechten und sozial ungerechten Ausgestaltung durch die bisherige Staatsregierung. 90 Zur Wohnungsbauförderung befürworten wir die Einführung einer Grundsteuer C, mit der Kom- munen baureife, aber aus Spekulationsgründen unbebaute Filetgrundstücke höher besteuern und damit eine schnellere Bebauung fördern können. 95 Die Bundesregierung hat diese Maßnahme in die

Grundsteuerreform aufgenommen, kommunale Spitzenverbände fordern einhellig die Umsetzung, nur die CSU-geführte Staatsregierung blockiert dies bislang.

100

1. Mehr Steuergerechtigkeit

Wir werden im bestehenden Steuersystem für einen gerechteren Steuervollzug sorgen. Die vielen ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Bayern wollen wir vor den schwarzen Schafen schützen. Das ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch des fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs. Es darf nicht sein, dass mit komplexen Steuergestaltungsmodellen, die von Steuerkanzleien und großen Konzernen entwickelt werden und Lücken im Steuersystem gezielt ausnutzen, zum Teil skrupellos Steuern hinterzogen werden. Das verursacht Schäden in Milliardenhöhe für unsere Gesellschaft. Die bisherige Staatsregierung hat bei Geldwäsche und Steuerbetrug zu wenig unternommen. Wir werden das ändern, indem wir unsere Finanzverwaltung stärken. Die Bayerische Staatsregierung hat für die Geldwäscheaufsicht beim milliardenschweren Finanzkonzern Wirecard die dafür nicht ausgestattete Bezirksregierung von Niederbayern beauftragt, statt für eine effektive Überwachung zu sorgen. Immer noch gibt es zu wenige Steuerfahnder und Betriebsprüfer, die die oft millionenschweren Steuergestaltungen aufdecken. Wir wollen organisatorisch und personell besser aufgestellte Finanzbehörden. Dazu werden wir in einem ersten Schritt die gut 1400 offenen Stellen in der Finanzverwaltung schnellstmöglich be-

130 setzen und die seit dem Jahr 2000 nicht mehr erfolgte
Personalbedarfsberechnung wieder fortführen. Für
den zweiten Schritt bedeutet das: Die Zahl der heute
gut 15.000 angestellten Finanzbeamt*innen werden
wir schrittweise auf die benötigten 20.000 Stellen
135 erhöhen. Das nutzt Unternehmen, wenn die Betriebs-
prüfung zeitnah und schneller durchgeführt wird,
das führt zu einer höheren Finanzkraft des Freistaats
Bayern und seiner Kommunen und sorgt zugleich
für mehr Steuergerechtigkeit, Wettbewerbsgleichheit
140 und sozialen Frieden in Bayern.

Die Umsetzung der grenzüberschreitenden Anzeige-
pflicht für Steuergestaltung war ein wichtiger Schritt
für mehr Steuergerechtigkeit. Wir unterstützen auch
145 die Einführung einer nationalen Anzeigepflicht für
Steuergestaltungen, damit weitere Betrügereien
auf Kosten der Allgemeinheit schneller erkannt und
abgestellt werden können.

150 Der Fall eines bekannten Münchner Kochs zeigt:
Kassenbetrug ist weit verbreitet. Jährlich gehen
deutschlandweit geschätzte 15 bis 20 Milliarden an
Steuergeldern durch diese Betrügereien verloren. Mit
der Einführung einer Registrierkassenpflicht schützen
155 wir auch hier die steuerehrlichen Betriebe und sorgen
für faire Wettbewerbsbedingungen.

Nicht zuletzt haben von Maskendeals bis zum billigen
Ausverkauf öffentlicher Unternehmen zahlreiche
160 CSU-Finanzskandale die bayerischen Steuerzahlerin-
nen und Steuerzahler stark belastet. Diesen CSU-Filz
werden wir beenden.

Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren
165 Einkommen sind nicht erst seit der Energiekrise stark
belastet. Wir wollen diese Menschen gezielt und stärker
entlasten, z.B. mit einer stärkeren Anhebung des
Grundfreibetrags, bis zu dem keine Steuern anfallen.
Im Gegenzug wollen wir die fünf Prozent höchsten
170 Einkommen mehr in Verantwortung nehmen.

1. Wirtschaftliche Stärke braucht soziale
175 Gerechtigkeit

Die Einkommens-, vor allem aber die Vermögensun-
gleichheit sind in Bayern und Deutschland höher
als im internationalen Vergleich. Gleichzeitig ist eine
ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen,
180 sind eine zu starke Besteuerung der Arbeit und
eine zu geringe Besteuerung von Vermögen und
Erbschaften Hemmnis für wirtschaftliche Stärke und
Wohlstand. Deshalb ist klar: Wirtschaftliche Stärke
braucht soziale Gerechtigkeit!

185 Die Besteuerung von Einkommen und Vermögen
muss sich wieder mehr an dem Prinzip der Leistungs-
fähigkeit orientieren. Wer sehr hohes Einkommen
und Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag
190 zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Wir
wollen das auch erreichen, um die Finanzkraft des
Freistaats Bayern für wichtige Zukunftsaufgaben zu
verbessern. Bisher zahlen die Erben von Wohnungs-
unternehmen mit mehr als 300 Wohneinheiten oder
195 größter Betriebsvermögen keine Erbschaftssteuer.
Mit der Reaktivierung der Vermögenssteuer und einer
Reform der Erbschaftssteuer wollen wir erreichen,

dass diejenigen mit den höchsten Vermögen mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen.

200 Die Überprivilegierung größter Betriebsvermögen werden wir abschaffen. Wir stellen dabei sicher, dass sich die Steuerbelastung auf das eine Prozent der Vermögendsten konzentriert und keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Leistung muss sich lohnen.

205 Leistungslos erworbenes Vermögen angemessen zu besteuern ist daher ein wichtiger Beitrag zu mehr Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft und zur Finanzierung der Zukunftsaufgaben im Freistaat Bayern.

210

Bayern ist nur stark in einem starken und geeinten Deutschland und Europa. Mit der SPD in Regierungsverantwortung wird Bayern einen solidarischen und gerechten Anteil an den gemeinsamen Aufgaben tragen. Wir wollen ein gutes Miteinander mit dem
215 Bund und den 15 Bundesländern und unseren europäischen Nachbarn statt provinzieller Kraftmeierei.

Alle Maßnahmen tragen dazu bei, dass Bayern gerechter wird, die notwendigen Zukunftsinvestitionen gestemmt werden können und Bayern wirtschaftlich stark bleibt.
220